



**VORSCHLÄGE ZUR KONSOLIDIERUNG DES STAATSHAUSHALTS** erwartet Volkswirtschaftsprofessor Wolfgang Wiegard von der Bundesregierung. Das Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kritisierte bei einer Veranstaltung der Wirtschaftsunioren am Mittwochabend im Kaisersaal in Regensburg die „Sprachlosigkeit der Politik“ angesichts der „gewaltigen Aufräumarbeiten“ nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die schwarz-gelbe Bundesregierung habe nach den ersten 100 Tagen kaum Vorschläge gemacht, wie der Konsolidierungsbedarf des Staates in Höhe von 40 Milliarden Euro bis zum Jahr 2016 aufgebracht werden könne. „Der Staat will Steuern senken und Ausgaben erhöhen. Und das ist mit den Grundrechenarten nicht vereinbar,“ sagte Wiegard. Miriam Gruß, Bundestagsabgeordnete und Generalsekretärin der FDP in Bayern, gab zu bedenken, dass die Politik sich dem Sparen verpflichten habe, da es aus Sicht der Liberalen besser sei, das Geld bei Bürgern und Unternehmen zu belassen und es nicht staatlich „großgönnerhaft“ umzuverteilen. Stefan Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag und bayerischer JU-Chef, unterstrich, dass mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz Hindernisse für Investitionen abgebaut und damit Impulse für Wachstum gesetzt worden seien. (Von links): Stefan Müller, Miriam Gruß, Christian Omonsky (Moderator), Wolfgang Wiegard und Gerd Ortner von den Wirtschaftsunioren. -gd-